



Seite 1/2

Uster, 10. Juni 2026
Nummer. 648/2026
Registratur V4.04.71

ANFRAGE 648/2026 VON PAUL STOPPER (BPU) UND BENJAMIN STREIT (SVP): «WAS IST IN DER STADT- VERWALTUNG VON USTER «ÜBLICH»?»; ANTWORT DES STADTRATES

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 16. März 2026 reichten die Ratsmitglieder Paul Stopper (BPU) und Benjamin Streit (SVP) beim Präsidenten des Gemeinderates die Anfrage Nr. 648/2026 betreffend «Was ist in der Stadtverwaltung von Uster «üblich»?» ein.

Die Anfrage hat folgenden Wortlaut:

Der Stadtrat und die Primarschulpflege erklärten in ihrer Antwort zur Anfrage 641/2026, das Beziehen der Polizei sei ein «übliches Vorgehen in allen Abteilungen der Stadt Uster».

Da der Begriff «üblich» bedeutet, dass etwas «normal, gängig und kein Einzelfall» ist, ist daraus zu schliessen, dass es in der Stadtverwaltung schon öfters zu Polizeieinsätzen gekommen sein muss.

Wir stellen dem Stadtrat und der Primarschulpflege folgende Fragen:

- 1) Wie oft fühlten sich in den letzten 5 Jahren Vorgesetzte in der Stadtverwaltung Uster bei Personalgesprächen derart bedroht, dass der Beizug der Polizei nötig war?*
- 2) Wie viele Personalsituationen drohten derart zu eskalieren, dass bereits vor dem Gespräch erkennbar war, dass eine Intervention der Polizei nötig sein könnte*
 - a) in der Primarschule?*
 - b) in der übrigen Stadtverwaltung?*
- 3) Wie viele Polizeieinsätze bei Personalgesprächen erfolgten*
 - a) in der Primarschule und wie viele davon verdeckt und bewaffnet?*
 - b) in der übrigen Stadtverwaltung und wie viele davon verdeckt und bewaffnet?*
- 4) Wie viele Zugriffe der Polizei erfolgten in diesem Zeitraum bei Personalgesprächen?*



Der Stadtrat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Frage 1:

«Wie oft fühlten sich in den letzten 5 Jahren Vorgesetzte in der Stadtverwaltung Uster bei Personalgesprächen derart bedroht, dass der Beizug der Polizei nötig war?»

Frage 2:

«Wie viele Personalsituationen drohten derart zu eskalieren, dass bereits vor dem Gespräch erkennbar war, dass eine Intervention der Polizei nötig sein könnte

- a) in der Primarschule?
- b) in der übrigen Stadtverwaltung»

Frage 3:

«Wie viele Polizeieinsätze bei Personalgesprächen erfolgten

- a) in der Primarschule und wie viele davon verdeckt und bewaffnet?
- b) in der übrigen Stadtverwaltung und wie viele davon verdeckt und bewaffnet?»

Frage 4:

«Wie viele Zugriffe der Polizei erfolgten in diesem Zeitraum bei Personalgesprächen?»

Antwort zu den Fragen 1-4:

Amtshilfe im Sinne von § 6 Polizeigesetz (LS 550.1; PolG) kommt sporadisch beispielsweise beim Stadtammannamt oder der KESB vor.

Die Anwesenheit der Polizei bei einem Personalgespräch im publik gemachten personalrechtlichen Verfahren ist das einzige Gespräch, zu welchem die Stadtpolizei in dem in der Anfrage genannten Zeitrahmen beigezogen wurde.

Es ist jedoch nicht das einzige Verfahren, bei welchem die Stadtpolizei vorgängig um Rat bzw. eine Einschätzung angefragt worden ist.

Der Stadtrat bittet den Gemeinderat, von der Antwort auf die Anfrage Nr. 648/2026 der Ratsmitglieder Paul Stopper (BPU) und Benjamin Streit (SVP) betreffend «Was ist in der Stadtverwaltung von Uster «üblich»?» Kenntnis zu nehmen.

Stadtrat Uster

Barbara Thalmann
Stadtpräsidentin

Pascal Sidler
Stadtschreiber